

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 11

Köln, den 14. März 1930

31. Jahrg.

## Finanznot.

Die Ebbe in den Kassen des Reichs, der Länder und Gemeinden hat sich zu einer außerordentlichen Kalamität ausgewachsen. Im Reichstag hat man jüngst zur Kassenlage des Reiches sehr ernste Überlegungen angestellt, die zu nicht minder ersten parlamentarischen Auseinandersetzungen geführt haben. Schon vor Jahresfrist hat der Reichskanzler auf den bedenklichen Zustand der Reichsfinanzen hingewiesen und die Lage als sehr ernst bezeichnet. Daß eine besondere Wirkung diesem Kanzlerwort beschieden gewesen sei, kann man nicht behaupten und wiederholt war im Laufe des letzten Jahres die Reichskasse nur mit knapper Not in der Lage, eine Finanzkatastrophe zu vermeiden. Woher der Finanzminister Hilferding bei solcher Lage den Mut hernahm, sein bekanntes Steuerreformprogramm aufzustellen und zu vertreten, bleibt unerfindlich. Und nach seinem Abschied hat es ein sehr unerfreuliches Erwachen für alle die Kreise gegeben, die die Hilferding'schen Reformpläne alsbald verwirklicht sehen wollten. Das Blatt hat sich sehr schnell gewendet und statt Steuererleichterungen debattiert man seit geraumer Zeit über Reformpläne mit umgekehrten Vorzeichen. Neue Steuern bzw. Steuererhöhungen werden das Endresultat der parlamentarischen Beratungen sein; denn 700 Millionen Mark fehlen im Reichsäckel und müssen aufgebracht werden. Das ist sehr schmerzlich für die Steuerzahler, die tiefer in den Beutel greifen müssen, ist aber auch für die Wirtschaft und für uns als Arbeiter gewiß nicht nebensächlich. Eine ordentliche Finanzwirtschaft ist das Rückgrat einer jeden Staatswirtschaft und die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung, die wir alle dringlich wünschen. Die Arbeiterschaft hat also ein großes Interesse an der Sanierung unserer Reichsfinanzen, muß aber dabei darauf achten, daß eine Verteilung der Lasten nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit erfolgt.

Das gilt auch hinsichtlich der Finanzpolitik der Länder und Gemeinden. Bei den Ländern steht es nicht besser aus als beim Reich. Preußen, welches immer auf gute Ordnung seiner Finanzen gehalten hat, erfordert für den Haushalt 1930 nach den Ausführungen des preußischen Finanzministers einen Zuschuß von 1662,5 Millionen RM. Der Zuschußbedarf stieg in Preußen seit 1924 bis heute um über 300 Millionen RM. Andere Länder alarmieren die Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf ihre total zerrüttete Finanzwirtschaft. Einige dieser Länder haben bereits den Anschluß an Preußen gesucht und gefunden, während andere eine andere Steuer-Verteilung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen versuchen, d. h. sie wollen höhere Steuerüberweisungen vom Reich haben, um so lebensfähig zu bleiben. Die dringend notwendige Verwaltungsreform wird diese Bestrebungen der Länder unter dem Gesichtswinkel einer Vereinfachung unseres Behördenapparates zu prüfen haben und sollte wenig Rücksicht auf „Eigenarten und Reservate“ nehmen. Das Reich geht vor.

Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahren, wenn man der Kritik glauben kann, eine ganz verantwortungslose Finanzpolitik getrieben. Sie haben für alle möglichen Zwecke, die an und für sich vielleicht gut und wünschenswert, deren Verwirklichung aber doch nicht unbedingt notwendig waren, enorme Gelder ausgegeben. Die Mittel dazu wurden auf dem Anleihewege beschafft und vielfach nicht geprüft, ob die Steuerkraft der Bürger groß genug war um die Zins- und Amortisationsverpflichtungen zu erfüllen. Staatsregierungen und Interessenten haben dann noch zuwege gebracht, daß eine Senkung der Realsteuern sowie sonstiger Abgaben im Laufe der Jahre eingetreten ist, um nun einzusehen, daß eine solche Finanzpolitik verfehlt war. Nicht unwesentlich ist die Belastung der

Etats von Reich, Ländern und Gemeinden infolge der Beamtenbesoldungsreform von 1927. Die Auswirkung derselben wurde angeblickt von den Vätern dieser Reform nicht vorausgesehen und nun gebärden sie sich unerfreulich überrascht. Wir haben uns schon damals gegen diese Besoldungsreform gewandt, haben mit mehr Mut als Geschick auf die Auswirkungen derselben hingewiesen und standen bei unserer Stellungnahme glänzend isoliert da. Für unser Eintreten für eine gerechtere Regelung der Beamtenbesoldung haben wir uns die Feindschaft des Beamtentums zugezogen. Die eingetretene Entwicklung hat unsere Voraussagen bestätigt und unsere Stellungnahme glänzend gerechtfertigt. Heute stehen außer uns auch andere Stände und Kreise auf dem Standpunkt, daß diese Besoldungsreform eine unglückliche Maßnahme gewesen ist und selbst Beamte erkennen, daß sie sich in einer Form ausgewirkt hat, die mit sozialer Gerechtigkeit wenig mehr zu tun hat.

Die Finanznot ist allgemein. Nur mit größter Mühe gelingt es den öffentlichen Kassen ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Das Reich hat bereits zu Maßnahmen greifen müssen, die nicht frei von Bedenken sind. Wir erinnern an das Zündholzmonopol. Es ist aber auch darauf zu verweisen, daß das deutsche Finanzkapital keinen besonderen Wert darauf zu legen scheint, Gläubiger des Reiches zu sein; denn die Behandlung, die dem Finanzminister von der deutschen Bankwelt zuteil wurde, war unwürdig und beschämend. Die Gemeinden konnten nur unter besonders drückenden Bedingungen Kredit erhalten und haben vielfach auf dem Weg über die Sparkassen die Spareinlagen, weniger für Anlagezwecke sondern mehr noch für Verwaltungsbedürfnisse, in Anspruch genommen. Das Ausmaß dieser Inanspruchnahme war so groß, daß für die übrige Wirtschaft, insbesondere für das Baugewerbe, nicht viel mehr übrig geblieben ist. Da kann man sich am Ende nicht mehr wundern, wenn die Betriebe zum Erliegen kommen und die Zahl der Arbeitslosen eine Rekordhöhe erreicht, die erschreckend ist.

Das Arbeitslosenproblem bedarf dringend der Lösung. Bei den Überlegungen über die Sanierung der Reichsfinanzen spielt das Arbeitslosenproblem — die Arbeitslosenversicherung — eine erhebliche Rolle. Der jetzige Reichsfinanzminister möchte gar zu gerne die Zuschußpflicht des Reiches beseitigt haben und die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung allein den Beteiligten — Arbeitgebern und Arbeitnehmern — auferlegen. Wir wehren uns, wie wir schon wiederholt berichtet haben, mit allen Mitteln dagegen, daß das Reich aus seiner Haftung entlassen wird und haben vorgeschlagen, daß zur Sanierung der Reichsfinanzen ein allgemeines Notopfer von allen leistungsfähigen Bürgern erhoben werden sollte. In veränderter Form soll daselbe nach einem noch sehr umstrittenen Beschluß des Kabinetts gleichzeitig mit einer Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden. Aber der Verlauf der Aussprache über dieses Notopfer läßt erkennen, daß die Arbeitslosigkeit als allgemeine Volksnot noch nicht überall empfunden wird. Es dürfte sonst das Tempo, mit dem man dieser Not zu Leibe rücken müßte, beschleunigter sein als das tatsächlich der Fall ist.

Der Vorschläge zur Behebung der Finanznot sind viele. Allen ist bisher eines gemeinsam: Jeder Vorschlag geht davon aus, daß die anderen zahlen sollen! Die anderen — lies die breite Masse des Volkes, sollen wieder einmal in den Beutel greifen und blechen. Das Reich wird, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, in der Hauptsache den Verbrauch steuerlich belasten. Mit Zollerhöhungen auf Kaffee und Tee, mit Steuererhöhungen auf Branntwein, Bier und Tabak, also Abgaben auf Genußmittel, könnte man sich noch

abfinden, wenn es alleine damit getan wäre. Ganz ernstlich wird aber die Frage der Umsatzsteuererhöhung erwogen, obwohl man weiß, daß die Auswirkungen einer derartigen Erhöhung denkbar unsozial sind. Die damals vorgenommene Senkung der Umsatzsteuer hat eine merkliche Preisenkung nicht im Gefolge gehabt, wenn eine solche überhaupt erfolgt ist. Umgekehrt wird aber eine Erhöhung der Umsatzsteuer im jetzigen Augenblick ein Signal sein für ein allgemeines Anziehen der Preisschraube. Die ungerechte Belastung des kinderreichen Haushaltes infolge der Umsatzsteuer soll hier nur erwähnt werden.

Die Länder folgen dem bösen Beispiel und erhöhen Steuern und Gebühren, soweit sie ihrer Hoheitsverwaltung unterstehen. Insbesondere sind sie an einer Erhöhung der Umsatzsteuer interessiert, weil sie am Aufkommen derselben nach einem feststehenden Verteilungsschlüssel beteiligt sind. Auf der anderen Seite werden seitens der Länder den Gemeinden weitere Lasten, die die Länder selbst zu tragen hätten, aufgebürdet. So werden die sogenannten Beschulungsgelder herabgesetzt, d. h. die Gemeinden erhalten von den Ländern geringere Beträge für Schul-, insbesondere Volksschulzwecke und werden infolgedessen erheblich belastet.

Die Gemeinden, die auf Grund der selbstverschuldeten Fehlwirtschaft schon im Dalles sitzen und, wie oben ausgeführt, durch Reich und Länder noch mehr belastet werden, erhöhen Realsteuern und Tarife. Nicht nur in Berlin, welches im Anschluß an den Sklarek-Skandal mit bösem Beispiel voranging, werden die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität in die Höhe gesetzt. Der sogenannte Finanzzuschlag zu diesen Gebühren muß erhalten, um die vorhandenen Lächer zu stopfen und wird bis zur immer nur möglichst höchsten Grenze angepannt. Grundvermögenssteuern und Straßenbahntarife sollen ein übriges bringen. Ob die Preise und Gebühren noch in einem erträglichen Verhältnis zur bewirkten Leistung stehen, kümmert die Verantwortlichen scheinbar weniger. Für sie ist die Hauptsache die Deckung des Defizits um jeden Preis. Aus Kreisen der Wirtschaft ist wiederholt darauf verwiesen worden, daß die Nachtragshaushalte der Gemeinden und die zur ihrer Deckung vorgesehenen Realsteuererhöhungen — zum mindesten deren Ausmaß — nicht durch die Finanz- und Haushaltslage des Jahres 1929/30 allein bedingt sind. Es wird der Vorwurf erhoben, daß hauptsächlich die Städte planmäßig auf Grund eines Beschlusses des Städtetages zu Realsteuererhöhungen übergingen, um damit zentrale Regelungen unwirksam zu machen. Macht man sich hier etwa Erfahrungen zunutze, die man auf anderen Steuergebieten gesammelt hat? Erinnert sei hier an die Verreichlichung der Einkommensteuer, die den Gemeinden angeblich die Entwicklungsmöglichkeiten zu stark beschnitten habe. Es wäre notwendig, daß sich der Städtetag einmal zu den erhobenen Vorwürfen äußert.

Bei aller Gebuld, die die Massen des Volkes in Steuerfragen und Fragen der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden auszeichnet, muß betont werden, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Die Lehre von dem Ausweichen in der Richtung des geringsten Widerstandes scheint man auf der ganzen Linie anwenden zu wollen, um die Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft herbeizuführen. Das kommt in der Hauptsache auf eine Belastung der breiten Masse des Volkes heraus. Die Vertreter der Arbeiterschaft in den Parlamenten und Gemeinden haben daher die Pflicht überaus wachsam zu sein und dafür zu sorgen, daß die Verwirklichung der Sanierungspläne nicht eine weitere Minderung des Reallohnes herbeiführt. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen darf nicht allein den schwachen und schwächsten Schultern aufgelegt werden, sondern es muß mit allen Mitteln versucht werden, eine gerechte Verteilung der Lasten durchzuführen. Und wenn man erkannt hat, daß die Ausgaben für Verwaltungszwecke in Reich, Ländern und Gemeinden zu einem erheblichen Teil die Defizite verschulden, also mit die Ursache für die herrschende Finanznot sind, dann soll man vor entsprechenden Maßnahmen nicht zurückschrecken, selbst wenn die parteipolitische Popularität dabei verloren geht. Neben einer auch notwendigen Korrektur der persönlichen Verwaltungskosten muß die schon so lange in Aussicht gestellte Verwaltungsreform beschleunigt in Angriff genommen werden. Entscheidendes Gewicht wird dabei auf eine Vereinfachung der Verwaltung zu legen sein, die dann auch eine Verbilligung im Gefolge haben müßte. Am besten wäre dabei so zu verfahren wie in einer, allerdings nicht verbürgten, aber doch lehrreichen Historie berichtet wird: Bei einer Debatte für Sparmaßnahmen soll Friedrich der Große verlangt haben, daß man es mache wie eine vernünftige Puffrau beim Fegen der Haustreppe: die beginnt mit dem Fegen von oben herab.

## Löhne im Ausland.

Aus einem Bericht über die Löhne im Ausland, der in „Wirtschaft und Statistik“ 1929, Nr. 22, veröffentlicht ist, geht hervor, daß in England nach den bisher veröffentlichten Ergebnissen der besonderen Lohnerhebung vom Oktober 1928, die in den wichtigsten Gewerben die Zahl und das Geschlecht der Beschäftigten, die auszugszahlten Lohnsummen, die Zahl der Kurzarbeiter und der durch Kurzarbeit verlorenen Arbeitsstunden festgestellt hat, die durchschnittlichen Wochenverdienste seit Oktober 1924 (letzte Erhebung) fast durchweg gestiegen sind. So haben sich in der Textilindustrie seitdem die Wochenverdienste in der Spitzenindustrie um 10,4%, in der Unterzeugindustrie um 6,6%, in der Juteindustrie um 5,8%, in der Verpackungsindustrie um 4,4% und in der Seidenindustrie um 3,8% erhöht. Senkungen sind dagegen in der Leinen-, Woll-, Kammgarn- und Veredelungsindustrie erfolgt. In der chemischen, in der Papierindustrie, im Druckereigewerbe haben sich die Wochenverdienste seit 1924 in allen Zweigen erhöht. Die durchschnittlichen Wochenverdienste der Eisenbahnbediensteten weisen seit März 1928 für die Mehrzahl der Berufsarten eine leichte Senkung von 0,9 bis 4,4% auf. Nur die Verdienste der Maschinisten in den Werkstätten sowie die der ohnehin schon am höchsten bezahlten Maschinenführer, Heizer und Weichensteller in der Betriebsverwaltung haben sich um 0,1 bis 3,2% erhöht.

In Frankreich sind im Steinkohlenbergbau die Löhne der Untertagearbeiter seit 1913 auf das 5,93fache, die der Übertagearbeiter auf das 6,40fache gestiegen bei einer Erhöhung der Indexziffer (1914 = 100) auf 576. In der Pariser Metallindustrie haben sich vom Februar 1928 bis Februar 1929 die Stundenlöhne um 11,5% erhöht.

In Österreich haben sich nach dem Bericht der Wiener Arbeiterkammer die tarifmäßigen Wochenlöhne im Wiener Industriegebiet im ersten Halbjahr 1929 im Baugewerbe um 5,9 bis 8,1%, in einzelnen Gruppen der chemischen Industrie um 5,4 bis 10% und in der graphischen Industrie um 3,1 bis 3,7% erhöht. In der Metallindustrie blieben die Löhne meist unverändert. Nur in der Starkstrom- und in der Aufzugindustrie sowie in der Herstellung chirurgischer Instrumente stiegen sie gegen das vorhergegangene Halbjahr bis zu 10%. In der Textilindustrie erhöhte sich der Wochenlohn für Handdrucker und Färber um rund 6%.

In Rußland sind die tarifmäßigen Tagelöhne der Industriearbeiter 1. Kategorie im Durchschnitt der wichtigsten Industrien um 9,4% im Jahre 1928 gestiegen. Am meisten sind daran Metall-, chemische und Bekleidungsindustrie beteiligt. Von den Gemeinde- und Bezirksangestellten werden am höchsten die Agronomen bezahlt, es folgen Ärzte, Statistiker, Hebammen, Zahnärzte.

In den Vereinigten Staaten ergab die Erhebung vom 1. Vierteljahr 1929 über Durchschnittsverdienste und Arbeitszeiten in den Gruben mit bituminöser Kohle gegen 1926 einen Rückgang der Durchschnittsverdienste für Untertagearbeiter — die 90% der Gesamtbelegschaft ausmachen — um 12,3 bis 17,3%, für Übertagearbeiter um 6,4—9,7%. Die Schichtzeit hat nur bei den Akkordarbeitern (Maschinen- und Handhauer, Handlader) — die 63% aller Beschäftigten ausmachen — um 1,2 bis 3,3% zugenommen. Bei allen anderen Berufsarten blieb sie entweder unverändert oder sank um 1,2 bis 3,3%. Die Erhebung vom März 1929 über Verdienste und Arbeitszeit der Arbeiter an Hochofen und Bessmerbirnen ergab gegen den März 1926 eine Erhöhung der Verdienste der Hochofenfacharbeiter um 0,2 bis 6% und eine Ermäßigung der Verdienste der ungelerten Hilfsarbeiter um 2,2 bis 4,1%. Die Vollwochenarbeitszeit stieg dagegen bei allen Berufsarten um 0,3 bis 5,6%. Für alle erfaßten Hochofenarbeiter (12 222) ergab sich 1929 gegen 1926 eine Erhöhung der Stundenverdienste um 2,1%, der Wochenverdienste um 3,7% und der Vollwochenarbeitszeit um 1,5%, was einer Steigerung seit 1913 (= 100) der Stundenverdienste auf das 2,58fache und der Wochenverdienste auf das 2,03fache gleichkommt, während die Vollwochenarbeitszeit seitdem von 76,9 Stunden auf 60,7 Stunden, also um 21% gesunken ist. Seit März 1929, der mit 30,35 Dollar den höchsten seit 1914 im Staat New York erreichten Durchschnitt des Wochenverdienstes aller Lohnempfänger aufwies, hat sich der Lohnstand von Monat zu Monat bis auf 29,80 Dollar im Juli gesenkt. Im August trat eine Erhöhung um 0,9% auf 30,08 Dollar oder das 2,40fache des Vorkriegsstandes (12,54 Dollar) ein. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten betrug in den Vereinigten Staaten 170,2.

# Deutschlands Sozialpolitik in Zahlen.

Sozialpolitik will mit warmem Herzen, aber mit kühlem Verstande betrieben sein. Bei der Durchführung dieser ebenso bedeutungsvollen wie schwierigen Aufgabe ist die Sozialstatistik eine wertvolle Helferin. Sie gibt, um nur einiges hervorzuheben, Aufklärung über die Zusammensetzung der werktätigen Massen und über das bedauernde Heer der Arbeitslosen, der Unfallverletzten, der Kranken und sonstiger Arbeitsunfähiger, der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen, sie verinnbildlicht das große Wirken unserer sozialen Versicherung. In ihren Zahlen spiegelt sich viel Not und Elend wider, aber auch das, was zur Linderung der Not geschehen ist.

Die Zahlenreihen der Sozialstatistik füllen bei der Vielseitigkeit der sozialen Aufgaben viele Bände. Sie sind in ihrer Verbreitung und Vertiefung in erster Linie für den Sozialpolitiker von Bedeutung. Die wichtigsten Ergebnisse der Sozialstatistik aber verdienen allgemeine Kenntnis. Von Deutschlands Gesamtbevölkerung, die 1925 ohne das Saargebiet rund 62,5 Millionen betrug, sind mehr als die Hälfte, nämlich 32 Millionen Personen, hauptberuflich erwerbstätig. Während die Gesamtbevölkerung seit dem Jahre 1907 nur um 13,5 v. H. zugenommen hat, hat sich seitdem die Zahl der Erwerbstätigen um 27,2 v. H. vermehrt. In dieser Tatsache drücken sich deutlich die Folgen von Krieg und Inflation aus, die weite Kreise, namentlich Frauen, neu in das Erwerbsleben hineingezwungen haben. Eine große Rolle spielt dabei freilich auch der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung, die infolge des Geburtenrückganges weniger Kinder, mehr Erwachsene umfaßt. Diese Tatsache wird oft übersehen, sie ist aber für die Sozialpolitik, namentlich die Sozialversicherung, die Wohnungsnot und den Arbeitsmarkt von größter Bedeutung. Innerhalb der Erwerbstätigen hat sich seit der Vorkriegszeit die Zahl der Unselbständigen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, viel stärker vermehrt als die der selbständigen Existenzen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen ist gegenüber der Vorkriegszeit zugunsten der Industrie stark zurückgegangen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Störung der Weltmärkte durch den Krieg spiegeln sich wohl am deutlichsten, zugleich auch am schrecklichsten in den Zahlen der Arbeitslosen wider. Die Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Arbeiterschaft, ist eine internationale Erscheinung, unter der allerdings die deutschen Arbeitnehmer besonders schwer zu leiden haben. Während in der Vorkriegszeit sich die Arbeitslosigkeit im allgemeinen — genaue Zahlen liegen nicht vor — in mäßigen Grenzen hielt, wurden nach dem Kriege Millionen unserer Volksgenossen von ihr betroffen.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß eine größere Zahl von Arbeitslosen, im Durchschnitt der Jahre 1927/28 ständig etwa 157 000, die die Bezugdauer der Unterstützung in der Versicherung bereits erschöpft haben, die sogenannte Kriegsfürsorge erhalten. Daneben wird ein zahlenmäßig allerdings nicht genau erfassbarer Bruchteil der Arbeitslosen von der allgemeinen Fürsorge betreut, erscheint also nicht in den Statistiken der Arbeitslosigkeit. Bedeutende Summen hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren verschlungen. Zur Unterstützung der Erwerbslosen mußten im Kalenderjahr 1928 fast eine Milliarde RM. ausgegeben werden; dazu kommen noch Millionenbeträge, die für Notstandsarbeiten und dergleichen bereitgestellt wurden.

Die Höhe der Unterstützung, die der einzelne Arbeitslose erhält, bemißt sich nach seinem früheren Arbeitsverdienst und der Größe seiner Familie. Man rechnet mit einem Unterstützungssatz von etwa 65 RM. monatlich für die Erwerbslosen mit Frau und einem Kind

— eine Summe, die sicherlich nicht übermäßig hoch ist. Das ist aber nur ein errechneter Durchschnittssatz, der sowohl unterschritten wie überschritten wird. Der niedrigste Unterstützungssatz beträgt RM. 6.—, der höchste überhaupt erreichbare Satz für einen Arbeitslosen mit großer Familie 37,80 RM. wöchentlich.

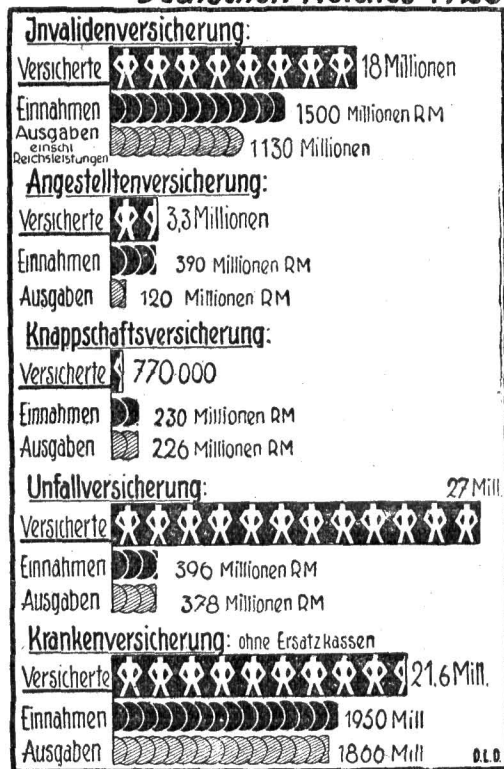
Eines der wichtigsten Glieder im Gefüge der deutschen Sozialpolitik bildet die Sozialversicherung. Sie versichert den deutschen Arbeitnehmer nach dem Grundsatz der Solidarität gegen Krankheit und Unfall, Berufsunfähigkeit und Invalidität, für den Fall der Mutterschaft und des Todes. Sie sucht ihn und sein kostbarstes Gut, seine Arbeitskraft, gegen die Wechselfälle des Lebens im Rahmen des Möglichen zu schützen. Sie zerfällt in die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Es sind gewaltige Zahlen, die in den Hauptbüchern der Versicherungsträger erscheinen. In der Krankenversicherung sind in rund 7500 Krankenkassen etwa 22 Millionen Personen versichert. Die Beiträge, die zu  $\frac{2}{3}$  von den Versicherten, zu  $\frac{1}{3}$  von ihren Arbeitgebern aufgebracht werden, werden von den Kassen in Prozenten des Lohnes festgesetzt; im Reichsdurchschnitt betrug der Beitrag 1927 etwas über 6 v. H. des Grundlohns. Die Gesamteinnahmen aller Krankenkassen einschließlich der Ersatzkassen betragen 1928 etwa 2,1 Milliarden RM., die Ausgaben etwa 2 Milliarden RM. Die Reinausgabe je Mitglied betrug im Reichsdurchschnitt 1928 90,30 RM.

In der Invalidenversicherung sind etwa 18 Millionen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen gegen die Folgen der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes versichert, während die Angestellten ihre eigene Versicherung haben. Träger der Invalidenversicherung sind 29 Landesversicherungsanstalten und sechs Sonderanstalten. An Einnahmen hatten die Versicherungsträger im Jahre 1928 rund 1,5 Milliarden RM., die zum größten Teil aus den gleich hohen Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber (1075 Mill. RM.), zum kleineren Teile aus Reichszuschüssen und Reichsbeiträgen

(320 Mill. RM.) und sonstigen Einnahmen, insbesondere Zinsen (120 Mill. RM.) sich zusammensetzen. Die Ausgaben der Versicherungsträger, ohne die Reichsleistungen, betragen 806 Millionen RM. Die Beträge sind nach den Lohnklassen verschieden; im Durchschnitt des Jahres 1928 betrug der Beitrag je Kopf des Versicherten 1,40 RM. wöchentlich. Die Invalidenversicherung versorgt zurzeit etwa 1 950 000 Invaliden, 390 000 Witwen und 735 000 Waisen. Das bedeutet eine dreifache Steigerung der Rentenbezieher gegen die Vorkriegszeit. Dabei ist der Beharrungszustand in der Invalidenversicherung bei weitem noch nicht erreicht; jährlich kommen etwa 150 000 Rentner mehr hinzu. Die monatliche Durchschnittsrente des invaliden oder über 65 Jahre alten Arbeiters beträgt zurzeit 33 RM., die des qualifizierten Industriearbeiters 35—40 RM., die des Landarbeiters 25—30 RM. Gewiß sind damit die Renten der Vorkriegszeit nominal erreicht; es kann aber keine Rede davon sein, daß sie zum Lebensunterhalt tatsächlich ausreichen, so daß die Fürsorge und die Verwandten einspringen müssen. Bei der großen Zahl der Rentempfangler bedeutet andererseits jede noch so geringe Erhöhung der Renten für die Allgemeinheit eine Mehrbelastung von vielen Millionen.

In der Angestelltenversicherung sind rund 3,3 Millionen Personen gegen Berufsunfähigkeit und für den Todesfall versichert. Sie umfaßt alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 8400 RM. Es besteht nur ein Versicherungsträger, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die Einnahmen dieser Anstalt betragen 1928

## Die Sozialversicherungen des Deutschen Reiches 1928



d. l. d.

990 Mill. RM. Davon bestanden 317 Mill. RM. aus den nach Beitragsklassen gestaffelten gleich hohen Beiträgen der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Reichszuschüsse erhält die Angestelltenversicherung nicht; wohl aber hat sie 1928 etwa 67 Millionen RM. Zinseinnahmen gehabt, da sie als junger Versicherungszweig mit zunächst verhältnismäßig wenig Rentenberechtigten seit der Stabilisierung ein Vermögen von etwa 1 Milliarde RM. ansammeln konnte. Die Zahl der Renten nimmt aber sehr rasch zu 1920 waren 1245, 1928 dagegen 74 796 Ruhegehaltsempfänger vorhanden; ihre Zahl hat sich seit 1920 also um mehr als 50fache erhöht. Eine nicht so starke Aufwärtsbewegung hat die Zahl derjenigen Personen genommen, die Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung beziehen. Immerhin waren es 1928 etwa 50 000 Witwen- und 30 000 Waisenrenten. Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Ruherente, die sich aus Grund- und Steigerungsbeträgen zusammensetzt, beträgt zurzeit etwa 64 RM., 1929 ist für solche Angestellte, die schon längere Zeit arbeitslos sind, das Alter, das zum Bezuge der Rente berechtigt, von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt und allgemein die Anwartschaftszeit von 10 auf 5 Jahre verkürzt worden. Die Ausgaben der Angestelltenversicherung betragen 1928 121 Mill. RM.

Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen von Arbeitnehmern in den meisten gewerblichen und in allen landwirtschaftlichen Betrieben. Unter ihrem Schutze stehen auch Unternehmer, besonders in der Landwirtschaft. Sie umfaßte 1928 etwa 957 000 gewerbliche Betriebe mit 11,9 Millionen Versicherten und 4,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit etwa 14 Millionen Versicherten, außerdem auch Betriebe des Reiches, der Länder, Gemeinden usw. mit etwa 900 000 Versicherten; insgesamt sind schätzungsweise etwa 2,7 Millionen Menschen gegen Unfälle versichert. Träger der Unfallversicherung sind 66 gewerbliche, 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und etwa 500 Ausführungsbehörden. Die Zahl der Unfälle, die in der Unfallversicherung gemeldet bzw. entschädigt werden, zeugt bezeugt von den Gefahren der Arbeit. Hierüber gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Jahr	Zahl der gemeldet. Unfälle (in Tausend)	Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle (in Tausend)	
		absolut	v. H.
1	2	3	4
1913	789,4	139,6	17,69
1924	646,0	80,8	12,51
1925	863,5	107,5	12,45
1926	1011,1	126,4	12,50
1927	1315,4	136,0	10,34
1928	1424,6	157,2	13,94

Nach dem Grundsatz: „Vorbeugen ist besser als Heilen“ beschränkt sich die Unfallversicherung nicht darauf, im Falle des Unfalles Renten zu zahlen, sie treibt auch in großem, steigendem Umfange Unfallverhütung. Die Kosten der Unfallversicherung werden ausschließlich von den Unternehmern im Umlageverfahren erhoben. Die Höhe der Renten wird nach der Schwere der Verletzung nach Bruchteilen des Jahresdurchschnittslohnes bemessen. Die Gesamteinnahmen der Unfallversicherung betragen 1928 rund 400 Millionen RM., ihre Ausgaben 378 Millionen RM.

## Die Vermögensverhältnisse der deutschen Sozialversicherung

OLD	1913	1918	1924	1925	1926	1927	1928
	(in Millionen RM)						
Krankenkassen (1914)	499,6				499,6	606,2	704
Unfallversicherung		273,1	372,6				
Invalidenversicherung							1278
Knappschaftl. Pensionsvers.							881,7
Angestelltenversicherung							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881,7
							1928
							1278
							881

„Der Heimatdienst“ Nr. 3, 1930 veröffentlichte Arbeit, gibt einen guten Überblick über unsere Sozialversicherung und ist besonders geeignet, die Leistungen derselben in das rechte Licht zu rücken.

## Lohn- und Tariffbewegung.

**Neuregelung der Tarife für heimarbeitende Korbmacher in Ober- und Unterfranken.** Mitte März 1929 hatte der Verband der Korbindustriellen die bestehenden Tarifverträge für die heimarbeitenden Korbmacher gekündigt, mit der Begründung, daß der Vertrag keinen Wert mehr hätte, weil die Regierung von Oberfranken die vom Fachauschuß verhängten Bußen wegen Nichtinhaltung des Tarifes nicht bestätigte. Durch einen starken Druck, der von allen Seiten auf die Regierung ausgeübt wurde, war es im Laufe des Spätsommers möglich, die Bestätigung der Bußen zu erreichen. Nachdem dies erledigt war, konnten die Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages wieder aufgenommen werden, mußten aber kurz vor Abschluß des Vertrages abgebrochen werden, weil der Verband der Korbindustriellen plötzlich erklärte, kein Interesse mehr am Vertrag zu haben, da es sich herausgestellt hätte, daß die vertraglichen Bestimmungen sich mehr schädigend als fördernd auf die Korbindustrie auswirkten.

Unsererseits wurde dann der Fachauschuß angerufen, der durch Schiedspruch einen neuen Mantelvertrag, sowie neue Mindestpreise festsetzte.

Der Mantelvertrag sowie die Mindestpreise für kleine Korbwaren und Korbmöbel brachten einige Verbesserungen. Da aber die Preise einiger Weidenarten erhöht worden waren, brachte er andererseits Verschlechterungen für die Kollegen, die auf geschlagene Arbeit beschäftigt sind.

Der Schiedspruch des Fachauschusses wurde arbeitgeberseits abgelehnt, unsererseits im ersten Teil angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt; im zweiten Teil aber ebenfalls abgelehnt. Bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung beim Landesschiedsrichter konnte erreicht werden, daß auch die Preise für die geschlagene Arbeit (Wafsch- und Reisekörbe) erhöht wurden.

Der Fachauschuß hat jetzt in seiner Sitzung vom 24. Februar die beim Landesschiedsrichter getroffene Vereinbarung mit Wirkung vom 10. März 1930 für allgemeinverbindlich erklärt, so daß endlich auch für die Heimarbeiter wiederum vertragliche Bestimmungen bestehen.

## Rundschau.

**Wilhelm Gutsche.** Einen schweren Verlust erlitt die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner durch den unerwarteten Tod ihres Führers Wilhelm Gutsche. Gutsche hat in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit in vorderster Reihe gestanden. Im Jahre 1908 gründete er in Elberfeld den Zentralverband deutscher Eisenbahner. An der Gründung des deutschen Gewerkschaftsbundes war er hervorragend mitbeteiligt. Durch seine stete Hilfsbereitschaft ist er vielen ein väterlicher Freund geworden. Möge der Herrgott ihm vergelten, was er Gutes getan hat.

**Westdeutsche Möbelmesse Köln.** Der Entschluß der westdeutschen Möbelindustrie und des Möbelhandels, der Kölner Möbelmesse mit Rücksicht auf ihre ununterbrochen günstige Entwicklung eine breitere Grundlage zu geben und sie vom 6.—9. April als für sich geschlossene Fachveranstaltung den übrigen Gruppen der Frühjahrsmesse folgen zu lassen, hat sich als richtig erwiesen. Schon jetzt hat die Zahl der Anmeldungen nahezu 400 erreicht, so daß der für die Westdeutsche Möbelmesse vorgesehene Raum, das Erdgeschoß der gesamten Hallen, gefüllt wird.

Hervorzuheben ist, daß der Zuwachs an Ausstellern aus allen Teilen Deutschlands stammt. Stark ist vor allem Süddeutschland vertreten, das nächst dem Westen die größte Zahl der Aussteller stellt. In kurzem Abstand folgen Nord- und Mitteldeutschland mit einer für beide Gebiete ungefähr gleich starken Beteiligung. Selbst Ostdeutschland ist mit einer bemerkenswert großen Anzahl von Ausstellern vertreten.

**Die „Lehrschau Holz“ in Köln.** Die vom Verein deutscher Ingenieure unter Mitwirkung führender Fachverbände der Forst- und Holzwirtschaft geschaffene „Lehrschau Holz“, die zum ersten Male während der vorjährigen Hauptversammlung des Vereines deutscher

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 11. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 9. März bis 15. März 1930 fällig.

### Sterbetafel.

Hermann Bien, Hornbrechler, 20 Jahre, Nürnberg,  
Robert Kefler, Holzarbeiter, 51 Jahre, Dinslaken,  
Misch Helgert, Schreiner, 19 Jahre, Königshütte,  
Joh. Summerer, Sägearbeiter, 64 Jahre, Tirschenreuth,  
August Kaiser, Schreiner, 53 Jahre, Köln,  
Heinrich Niederhoff, Schleifer, 25 Jahre, Meschede,  
Johann Siegemann, Tischler, 43 Jahre, Marienwerder,  
Heinrich Kemper, Holzarbeiter, 28 Jahre, Weßfeld,  
Josef Seidenfuß, Bürstenmacher, 46 Jahre, Augsburg,  
Paul Commer, Schreiner, 54 Jahre, Hamm,  
Hermann Ehlert, Säger, 58 Jahre, Bochum,  
Joh. Balt. Wich jr., Obersäger, 58 Jahre, Kronach,  
Heinrich Peters, Schreiner, 54 Jahre, Düsseldorf,  
Andreas Wächter, Holzarbeiter, 21 Jahre, Nordhalben.  
Ruhet in Frieden!

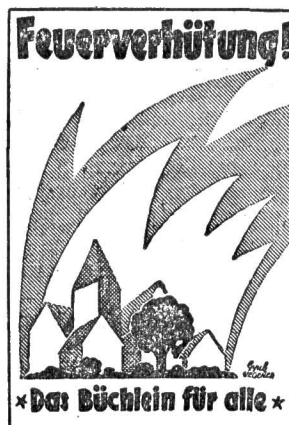
Ingenieure in Königsberg der Öffentlichkeit gezeigt wurde und kürzlich auf der 5. Grünen Woche in Berlin größte Beachtung fand, wird nunmehr den zahlreichen Interessenten in Westdeutschland zugänglich gemacht werden. Sie wird zunächst in der Zeit vom 23. März bis 9. April in Köln aus Anlaß der dortigen Frühjahrsmesse zu sehen sein, die vom 23. bis 27. März stattfindet. Anschließend sind Tagungen des Handwerks vorgesehen. Der Schluß der Lehrschau fällt zusammen mit dem Ende der Kölner Möbel-Messe, die vom 6. bis 9. April veranstaltet wird. — Als nächster Ort ist Stuttgart in Aussicht genommen, wo die „Lehrschau Holz“ im Rahmen der Technischen Tagungs-Woche in der Zeit vom 30. Mai bis 22. Juni aufgebaut werden wird.

Zur Feuerschutz-Woche vom 27. April bis 4. Mai 1930 hat die Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgänge eine offizielle Aufklärungsschrift herausgegeben, die in vielen Millionen Exemplaren verbreitet werden wird. Sie heißt „Feuerverhütung! Das Büchlein für alle“, hat 64 Seiten Umfang, ist mit vielen ansprechenden Bildern geschmückt und gibt auf knappem Raum einen Schatz von Tatsachen, Erfahrungen und Ratschlägen für jung und alt. Von unheimlichen Gewalten, erschreckenden Ziffern, schlimmen Schäden an Gut und Blut ist da die Rede, aber auch von den Mitteln, all das Übel abzuwenden, ihm durch Vorsicht und Umsicht so weit wie möglich vorzubeugen und auch entstehende böse Folgen zu lindern oder zu beheben. „Dem Feuer Trutz, des Menschen Schutz, des Volkes Nutz.“ — Das Büchlein, das durch die Feuerwehren verbreitet werden soll, gehört in Familie und Betrieb, in die Hand der Erwachsenen und Kinder. Beherzigt man seinen Inhalt, so wird viel Unglück vermieden und viel Segen gestiftet!

Die Feuerschutz-Woche wird schon durch die Verbreitung dieser offiziellen Aufklärungsbroschüre an alle Kreise der Bevölkerung wesentliche Erfolge für die Feuerverhütung und Feuerbekämpfung zeitigen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Hamm (Westf.).** Am 24. Februar wurde unser Kollege Paul Commer beim Überschreiten der Straße von einem daherrastenden Auto überfahren. Das Unglück hatte seinen sofortigen Tod zur



Die offizielle Aufklärungsbroschüre zur Feuerschutz-Woche.

Folge. Paul Commer war der Gründer unserer Zahlstelle. Im Jahre 1909 gelang es ihm nach Überwindung großer Schwierigkeiten sie ins Leben zu rufen. Bis zum Kriegsausbruch war er ihr Vorsitzender. Was er während dieser Zeit für die Zahlstelle und für die Interessen der Kollegen geleistet hat, steht unauslöschlich eingetragen in der Geschichte der Zahlstelle. Sein Idealismus ging bis zur Selbstaufopferung. Es war ihm nicht mehr möglich, in Hamm Arbeit zu bekommen. Der christliche Metallarbeiterverband beschäftigte ihn eine Zeitlang als Hauskassierer, um ihn und seine Familie vor dem Untergang zu bewahren.

Nach dem Kriege trat er im inneren Leben der Zahlstelle weniger hervor. Aber als Vertreter der gesamten christlichen Arbeiterschaft unserer Stadt war er in allen möglichen Organisationen tätig. Seit 1919 gehörte er ununterbrochen dem Stadtparlament an. Seine große Arbeitsfreude, sein ausgesprochenes Gerechtigkeitsfönn, seine große auf Erfahrung beruhende Sachkenntnis, sein Weitblick und treffsicherer Urteil, sein schlichtes einfaches Wesen verschafften ihm höchste Achtung bei allen Ständen und Parteien. So stehen wir tieftrauernd am Grabe dieses unvergeßlichen Kollegen und bringen seiner todkranken Gattin und den 8 unversorgten Kindern unsere wärmste Teilnahme entgegen. Möge er ruhen in Frieden.

**Nedarsulm.** Am 26. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Kollegen, und erstattete den Geschäftsbericht, dem sich der Kassierbericht angeschlossen. Beide Berichte ließen auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken. Die folgenden Neuwahlen gingen schnell vonstatten. Da die alte Regierung gut gearbeitet hatte, hatten wir keinen Grund, ihr nicht auch im neuen Jahr die Geschäfte in die Hand zu geben. Darum wurde sie wieder gewählt, nur wurden die Ämter teils gewechselt. Unter Punkt „Verschiedenes“ referierte Kollege Melzl-Freiburg über aktuelle Zeitfragen und ihre Wirkung in der Zukunft. Mit einem Appell an alle Kollegen, die Organisation zu stärken durch unermüdbare Werbearbeit, schloß der Redner seine interessanten Ausführungen. Und so wollen wir auch in der Zukunft nicht ruhen und rasten, bis wir unsere Zahlstelle zu dem gemacht haben, was sie sein soll. In diesem Sinne schloß der Vorsitzende die äußerst anregende Versammlung. A. C.

**Heilsberg.** Am 25. Januar hielt unsere Zahlstelle die Generalversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Vorsitzender Funk und Kassierer Stuhmann erstatteten Bericht. Daraus war zu entnehmen, daß auch unsere Zahlstelle mit einem guten Erfolg auf das verflossene Jahr zurückblicken kann. Anträge und Klagen auf Forderungen sind alle zu Gunsten der Kollegen dank der Vertretung durch die Gauleitung durchgeführt. An Mitgliederzuwachs konnte unsere Zahlstelle nur geringe Erfolge erzielen, welche sich aber leider durch Fortzug wieder reduzierten. Trotzdem hat unsere Zahlstelle keine Mühe und Arbeit gescheut und ist in der Vorarbeit sehr tätig gewesen. Die Schreiner sind in unserer Zahlstelle restlos organisiert. Die Säger aber sind trotz wiederholter Einladung für unsere Gruppe noch nicht zu gewinnen. Dafür sind sie im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter organisiert. Es wäre wirklich an der Zeit, daß jeder in seinem Fach seine Mitglieder sucht. Die Vorstandswahl mußte als Zettelwahl durchgeführt werden. Alle gewählte Kollegen nahmen die Wahl an und versprochen, im Geschäftsjahr weiter für den Verband und für das Wohl der Kollegen zu arbeiten. Die Kollegen Schröter, Rohst und Klinger wurden als Gesellenausschuß für die Tischler-Zwangsinnung gewählt. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben die Kollegen noch ein paar gemütliche Stunden mit ihren Familienangehörigen beisammen.

**Bonn.** Schade, daß nur einmal im Jahre eine Generalversammlung stattfindet, so feuzte der Vorstand unserer Zahlstelle beim Anblick der reichen Besucherzahl die sich am Sonntag, den 2. Februar, eingefunden hatte. Nach dem Protokollbericht gab der Vorsitzende, Kollege Blänkenheim, den umfangreichen Geschäftsbericht, aus welchem zu ersehen war, daß unsere Gewerkschaftsarbeit im verflossenen Jahre nicht vergeblich war. Die Mitgliederentwicklung war besonders erfreulich, konnten wir von den Neuaufgenommenen doch 106 für unsere Bewegung erhalten. Auch unsere Jugendgruppe hatte durch die rege Werbetätigkeit gute Fortschritte erzielt. Die Rechtschutz-tätigkeit war ebenfalls sehr reichhaltig und konnte manchem Kollegen zu seinen Rechten verholfen werden. Daß unser langjähriger Kassierer Cangelana ebenso Erfreuliches berichten konnte, war für ihn

sicher die größte Genugtuung. Er betonte, daß die Angaben im Geschäftsbericht sich getreu in seinem Kassenbericht wieder spiegeln. Die Einnahmen waren für die Hauptkasse im vierten Quartal 2000 RM. höher als im ersten Quartal, woraus zu ersehen ist, daß auch wirkliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Dem Kassierer wurde durch die Rechnungsprüfer Entlastung erteilt.

Hierauf erfolgte eine rege Aussprache und wurde die Tätigkeit des gesamten Vorstandes von allen Anwesenden freudig anerkannt. Kollege Ulte dankte ebenfalls für die rege Mitarbeit von Vorstand und Vertrauensleuten und betonte, daß dieser Ruck nach vorwärts nur deshalb möglich war, weil das Vertrauen zur Führung und der Wille zum Aufstieg in reichem Maße vorhanden war. Die in den Großbetrieben durchgeführten Spezialisierungen, sowie der Kampf der Sozialreaktion gegen die Sozialpolitik, nötigen uns zu noch strafferem Zusammenstoß. Wollen wir die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung erringen, so müssen wir mehr wie je jeder andere Stand uns auf unsere Selbsthilfe besinnen. Erfolgreich können wir diesen Kampf nur führen, wenn wir uns bemühen, den alten Kämpfergeist zu pflegen, der unserer Gründungszeit zu eigen war.

Unter Leitung des Kollegen Ulte fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Diefelbe war jedoch schnell erledigt, denn unter dem Beifall aller Kollegen wurde der alte Vorstand fast ausnahmslos wiedergewählt. Wenn ein Vorstand jahrelang innerhalb der Gewerkschaft tätig gewesen ist und einstimmig wiedergewählt wird, dann ist dies der beste Beweis dafür, daß die Tätigkeit von den Kollegen anerkannt wird. — Nachdem der alte Vorstand wieder in seine alte Tätigkeit zurückberufen war, dankte Kollege Blankenheim für das Vertrauen, welches dem Vorstand entgegengebracht wurde und forderte die Kollegen auf, getreu zum Verband zu stehen, und tatkräftig mitzuwirken für den weiteren Aufstieg unserer Zahlstelle.

Die Überreichung der Werbenadeln als Auszeichnung war besonders bemerkenswert, weil einer unserer jüngsten Kollegen für seine Werbetätigkeit innerhalb der Jugendgruppe ausgezeichnet wurde. An die weniger ermühten Versammlungsbefucher richtete Kollege Ulte noch einige ermahnende Worte und dürfte keiner mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen sein, daß schöne Erfolge ohne sein Zutun zu erreichen seien. Jeder einzelne muß bemüht sein, die noch Abseitsstehenden unserm Verbands zuzuführen, denn je stärker und geschlossener der Vorstand bzw. die Zahlstelle ist, mit um so größerem Nachdruck können die Interessen der Kollegen vertreten werden.

**Staffurt.** Am Sonntag, 26. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und freute sich besonders, daß die Lehrlinge restlos erschienen waren. Ist es doch ein Beweis, daß es in Mitteldeutschland vorwärtsgeht mit unserer Bewegung. Leider ist die Arbeitslosigkeit groß, von 15 Kollegen sind 11 arbeitslos. Wenn auch unsere Zahlstelle klein ist, so herrscht doch reges Leben. 16 Jahrbücher und 7 Bücher „Die Handwerkskunst“ wurden verkauft. An der Kartellarbeit nehmen wir regen Anteil; denn nur im Verein mit den Bruderverbänden können wir vorwärtskommen.

Die Vorstandswahl ergab einige Veränderungen. Der neue Vorsitzende, Kollege Birkhahn von der Jugendabteilung, versprach, alles daran zu setzen, um unsere Sache weiter auszubreiten und bat um die Mitarbeit der Kollegen. Kollege Matthias brachte „Die Handwerkskunst“ und unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ in empfehlende Erinnerung und bat darum, auch unsere Holzarbeiterzeitung aufmerksam zu lesen und nicht achtlos beiseite zu legen, ebenso die Bibliothek eifrig zu benutzen, damit alle recht tüchtige Gewerkschaftler werden und mitarbeiten an der Verbesserung unserer Lage und am kulturellen Aufstieg. Der am 2., 3. und 4. März stattfindende Rollkursus wurde in Erinnerung gebracht. Hierauf schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit der Bitte, daß die nächste Versammlung noch besser besucht werde.

**Elleringhausen.** Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens unserer Zahlstelle veranstalteten wir am 2. Februar einen Familienabend. Die Kollegen vom Bauarbeiterverband und fast die ganze Gemeinde hat sich an dieser Veranstaltung beteiligt. Der Vorsitzende, Kollege Wiese, hieß alle Mitglieder und ihre Angehörigen sowie die erschienenen Gäste herzlich willkommen. Nach einem stotzen Marsche sang der Gesangverein unter Leitung des Herrn Lehrers Pottgüter ein Begrüßungslied.

Der Gründer unserer Zahlstelle, Kollege Wellage (Wiesche), hielt

die Festrede. Er führte u. a. aus, daß es sonst nicht üblich sei, Feste zu feiern. Die Zahlstelle wolle aber einmal Rückblick halten auf die Tätigkeit der letzten 10 Jahre. Ebenso solle einmal einer breiteren Öffentlichkeit das Wollen und Wirken der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor Augen geführt werden. Unsere Wirtschaft ist in Unordnung geraten, das beweisen die Riesenarbeitslosenziffern. Im Mittelpunkt der Wirtschaft stehe heute das Gewinnstreben und nicht mehr das Wohl der Volksgemeinschaft. Wir werden diese Zustände nur überwinden, wenn es gelingt, den antichristlichen Zeitgeist, der uns heute auf allen Gebieten begegnet, zurückzudrängen und die Grundsätze des Christentums zur Anwendung zu bringen. Im einzelnen legte er dann das Wirken unseres Verbandes für seine Mitglieder auseinander und mahnte besonders die Eltern, ihre Kinder frühzeitig den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, damit sie das erforderliche Rüstzeug fürs praktische Leben erhalten und gegen Wechselfälle des Lebens gewappnet seien. Musik, Theater und Gesangsvoorträge und eine Verlosung sorgten für notwendige Abwechslung. Man trennte sich nach einem schön verlebten Abend mit dem Versprechen, für die weitere Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einzutreten.

**Fürth.** Unsere Generalversammlung, welche am 8. Februar stattfand, wird jedem Teilnehmer in steter Erinnerung bleiben. Der geschäftliche Teil wurde durch den Jahresbericht des Vorsitzenden Kollegen Ulrich und Kassenbericht durch den Kollegen Neuberger erledigt. Der Vorsitzende ist nunmehr 20 Jahre und der Kassier 25 Jahre im Amt. In seltener Treue haben beide Kollegen gewaltet und man konnte es nur bedauern, daß Kollege Ulrich, wie auch Neuberger eine Wiederwahl ablehnten, weil sie durch Erfüllung von Aufgaben für die Gesamtbewegung zu sehr überlastet sind. Als Nachfolger wurden gewählt Kollege Fittigauer als Vorsitzender und Kollege Schuster als Kassier, die allen Erstes und mit vollem Eifer ihren langjährigen Vorgängern folgen wollen. Es ist zu hoffen, daß durch gutes Zusammenarbeiten von jung und alt auch die Zahlstelle Fürth vorwärtskommt. Dem verdienten Kassier Kollegen Neuberger wurde eine von den Mitgliedern gestiftete Uhr als Dank für seine Gewissenhaftigkeit in den 25 Jahren, wo er als Kassierer gewaltet hat, überreicht. Für den Zentralvorstand konnte der Kollege Schmitt ein kleines Geschenk übergeben mit Worten der Anerkennung und des Dankes.

**Stadtlohn.** Die Ortsgruppe hielt in den letzten Tagen ihre Generalversammlung ab, welche zahlreichen Besuch zu verzeichnen hatte. Der Jahres- und Kassenbericht hatte bereits in der vorletzten Versammlung seine Erledigung gefunden. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Kasse durch den zuständigen Bezirksleiter, im Verein mit dem Vorstande geprüft war, und in bester Ordnung befunden wurde. Seit Beginn des neuen Jahres macht sich auch eine bessere Entwicklung in den Mitgliederzahlen bemerkbar. In der Generalversammlung gab der Bezirksleiter eine Übersicht über die wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse des letzten Jahres, und hat besonders die Bedeutung der Lohnregelung für das gesamte Münsterland hervorgehoben. Zu einem wirklichen Erfolge könne sie jedoch nur dann kommen, wenn die Holzarbeiter des Münsterlandes sich überall dem christlichen Holzarbeiterverbände anschließen würden. Deshalb müsse die Tätigkeit jedes Mitgliedes auf eine verstärkte Agitation gerichtet werden. Den Nutzen und die Vorteile der Zugehörigkeit zum Verbande beleuchtete der Bezirksleiter durch einen umfangreichen Bericht über die Rechtsschutzfähigkeit im letzten Jahre — wobei den Kollegen in deutlicher Weise vor Augen geführt wurde, — wie die allgemeine Interessenvertretung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete vor sich ging. Ganz besonders wurde auf die erfolgreiche Tätigkeit bei den Arbeitsgerichten verwiesen, und die Summe der eingeklagten Lohngehälter im einzelnen nachgewiesen.

Im Anschluß hieran wurden die Vorstandswahlen getätigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Einstimmig konzentrierte sich das Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft auf den bisherigen Vorstand, so daß dessen Wiederwahl durch Zuruf erfolgte. Desgleichen wurde den Vertrauensleuten der Dank für ihre Mitarbeit zum Ausdruck gebracht und deren Bedeutung für eine ordnungsmäßige Führung der Verwaltungsarbeiten hervorgehoben. Im Anschluß an die Vorstandswahlen wurde alsdann noch durch den Bezirksleiter und einzelne Mitglieder auf die demnächstigen Betriebsratswahlen verwiesen und jedes Mitglied auf die Wichtigkeit der Wahl aufmerksam gemacht. Jeder müsse seine Wahlpflicht ausüben und dafür sorgen, daß die Betriebsräte aus Mitgliedern bestehen, auf die man sich im Notfalle auch verlassen könne. Der Bezirksleiter verwies in

diesem Zusammenhange auf einige besondere Vorkommnisse des letzten Jahres, wodurch den Kollegen die Wichtigkeit eines gut geschulten Betriebsrates besonders deutlich geworden sei.

Die anregend verlaufene Versammlung schloß mit den Wahlen zum Ortskartell, wobei zur Mitarbeit aller Ortsgruppen aufgefordert wurde. Mit dem Versprechen, die in Zukunft regelmäßig jeden Monat stattfindenden Versammlungen zu besuchen, fand die Generalversammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Die hiesige Zahlstelle hielt am Samstag, den 25. Jan. ihre diesjährige Generalversammlung. Bezirksleiter, Kollege Kaiserauer, konnte eine sehr gut besuchte Versammlung im Gesellschaftenhaus eröffnen. Er begrüßte zunächst Gauleiter Kollege Melzl. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gab Kollege Kaiserauer den Jahresbericht vom verfloffenen Geschäftsjahr. In drei Punkte zergliederte er ungefähr folgende Ausführungen:

Wie war das Jahr 1929 für die Arbeiterschaft vom wirtschaftlichen Standpunkte aus? Die wirtschaftliche Lage des letzten Jahres war schlechter wie im Jahre 1926. Der strenge Winter, die Kapitalknappheit und nicht zuletzt die Rationalisierung machten sich auch in der Holzindustrie bemerkbar. Die Folge daraus, starke Arbeitslosigkeit, der Kampf der Kollegen um ihre Existenz. Der strenge Winter legte die Bautätigkeit vollständig still, so daß auch das Holzgewerbe stark darunter litt. Erst anfangs April setzte eine geringe Belebung des Arbeitsmarktes ein. Die Kapitalknappheit machte sich besonders in der Möbelindustrie bemerkbar. Besonders aber drückend ist die Rationalisierung, die manchen Kollegen allzu früh aus dem Arbeitsverhältnis drängt.

Im Jahr 1929 hat die Arbeiterschaft vergebens auf das Arbeiterschutzgesetz gewartet. Auf allen Seiten ist ein Kampf entbrannt gegen die ganze Sozialversicherung. Die Reform der Arbeitslosenversicherung hat eine gewisse Verschlechterung gebracht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat von Anfang an auf dieselbe hingewiesen und für eine gerechte Reform gekämpft. Bezeichnend war bei den ganzen Verhandlungen das Verhalten der Sozialdemokratie. Der frühere Kampf gegen den unersehblichen Sozialpolitiker Brauns ist kläglich zusammengebrochen an der Mithwirtschafft der Finanz- und Arbeitsminister der Sozialdemokratie. Daraus müssen alle christlich denkenden Arbeiter lernen.

Lohnpolitisch können die Holzarbeiter zufrieden sein gegenüber anderen Berufen. Nach fünfmonatigen Verhandlungen konnte eine Erhöhung der Löhne erreicht werden. Der längere Zeit geführte Streik gegen die Schreinermeisterverbände konnte zu unseren Gunsten durchgeführt werden, so daß die Lehrlingsfrage einen bedeutenden Schritt vorwärts gebracht wurde. Zum Schluß gab Kollege Kaiserauer noch einige Mitteilungen über den Stand, sowie über das Arbeiten in der Zahlstelle. Mit einem kräftigen Appell an alle Mitglieder zur treuen Mitarbeit, konnte er seinen Jahresbericht schließen.

Nach dem Jahresbericht erstattete der Kassierer, Kollege Reiser, den Kassenbericht. Die Revisoren gaben Zeugnis von dem ehrlichen und opferwilligen Arbeiten unseres Kassierers Reiser. Beiden Berichten folgte die Diskussion. Anerkannt wurde die Arbeit des D. G. B., das Verhalten der Sozialdemokratie stark geißelt. Nach der Diskussion erstattete der Jugend- und Werbeleiter, Kollege Balluff, seinen Bericht. Wenn auch bisher große Erfolge noch nicht zu verzeichnen waren, so darf doch bei aktiver Arbeit eines jeden einzelnen die Hoffnung nicht aufgegeben werden.

Bezirksleiter Kollege Kaiserauer dankte auch dem Kollegen Balluff für seine Tätigkeit. Ferner dankte er allen Mitarbeitern, sowie der ganzen Ortsverwaltung. Besondere Ehre wurde den Kollegen Burkert und Ruß zuteil. Im Auftrage des Zentralvorstandes erhielten beide die silberne Verbandsnadel für erfolgreiche Werbearbeit.

Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Nach den Wahlen sprach Gauleiter, Kollege Melzl, noch einige ermunternde Worte an alle Mitglieder zur treuen Mitarbeit in der Zukunft. Der Vorsitzende, Kollege Gairhos, schloß die sehr gut verlaufene Generalversammlung mit dem Wunsche, die Zahlstelle möge sich im neuen Geschäftsjahr weiter vorwärts entwickeln. J. G.

**Königsberg.** Am 25. Januar hielt unsere Zahlstelle eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Kassenbericht, welcher vom Kollegen Samel gegeben wurde, war zufriedenstellend. Der Bestand der Ortskasse weist einen guten Bestand auf, ein Beweis, daß sparsam gewirtschaftet worden ist. Auf Grund dieser Ersparnisse konnte vier arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsbeihilfe gegeben werden. Nach dem eingehenden Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurden besonders die Verbesserungen, die seit kurzem eingeführt sind, hervorgehoben: das Verbandsorgan „Der Holzarbeiter“ erscheint in

anderem Format, und die Unterstützungssätze bei Streik sind erhöht. Zuwachs neuer Mitglieder im verflossenen Jahre war nicht vorhanden. Besonders stark zu leiden haben die Kollegen durch die große Arbeitslosigkeit. Kollege Kolbe (früherer Arbeitersekretär) hielt einen längeren Vortrag über die kulturelle Entwicklung in den christlichen Gewerkschaften, welcher von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach längerer Aussprache wurde zur Vorstandswahl geschritten. Dem Vorsitzenden wurde vorgeschlagen, einen jungen Kollegen als Vorsitzenden zu wählen. Der Vorgeschlagene lehnte jedoch ab und der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Nach einem Appell an alle Kollegen, in diesem Jahre eine rege Werbearbeit einzuleiten, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.  
A. R.

**Kelkheim.** In unserer Zahlstelle war in den letzten Monaten ein recht reges Leben. Im Oktober und November führten wir eine Hausagitation durch, die beachtliche Erfolge zeitigte. In den gleichen Monaten fand für die Mitglieder der Zahlstelle ein sozialpolitischer Schulungskursus statt. An 5 Abenden wurden die Kollegen in die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung eingeführt. Erfreulich war die starke Teilnahme an diesem Kursus, besonders die jungen Kollegen bezeugten sehr großes Interesse. Zur Pflege der Geselligkeit fand Ende Januar eine Familienfeier statt. Musik — Theater — Sprechchor und auch ein paar Stunden Tanz ließen an diesem Tage die Kollegen einige frohe Stunden erleben. Das Fest hat mit dazu beigetragen, daß sich die Kollegen auch außerhalb der Werkstatt näherkommen.

Auch über die Generalversammlung der Zahlstelle, welche am 1. Februar stattfand, sei kurz berichtet. Hier konnte wieder eine erfreuliche Beteiligung festgestellt werden. Jahres- und Kassenbericht zeigten uns, daß die Zahlstelle im Berichtsjahr weitergekommen ist. Bei Einfluß aller Kräfte in der Zukunft, wird die Aufwärtsbewegung der Zahlstelle anhalten. Der bisherige Vorstand wurde in der anschließenden Wahl fast vollzählig wiedergewählt. Zur Belegung der Jugendarbeit wurden einem Kreis von jüngeren Kollegen gewisse Funktionen zuerteilt, damit auch in der Jugendarbeit frisches Leben sich erhält und weiterer Fortschritt erzielt wird. Der Ausklang der Versammlung war die Zusage aller, an der Förderung der Zahlstelle mitzuwirken.

**Saulgau.** Am 8. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung, welche befriedigenden Besuch aufwies. Vorsitzender Jakob eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Kollegen. Sein besonderer Gruß galt dem Bezirkssekretär Kaiserauer, welcher in unserer Mitte weilte. Ferner war erschienenen Kartellvorsitzender Sugg, der stets großes Interesse und regen Anteil an unseren Versammlungen nimmt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß unsere Zahlstelle einen ziemlich starken Mitgliederverlust zu verzeichnen hatte, der in der Hauptsache der schlechten Arbeitslage zuzuschreiben ist. Anschließend verlas Schriftführer Wicke das Protokoll der letztjährigen Generalversammlung, welches gutgeheißen wurde. Kassierer Schmid erstattete den Kassenbericht, welcher mustergültig war. Es wurde nun zu den Wahlen geschritten. Als Wahlleiter amtierte Kollege Kaiserauer, der es verstand, die Wahl kurz und gut zu gestalten. Einstimmig wurde die seitherige Vorstandschafft gewählt mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, welcher durch eine neue Kraft ersetzt wurde. Beizufügen ist noch, daß unser unermüdlicher Vorsitzender seit Bestehen unserer Zahlstelle dieses Amt führt und trotz seines erlittenen Unfalls seine ganze Kraft im Interesse seiner Zahlstelle opferte. Ein Referat von Kollegen Kaiserauer „Rückblick ins verflossene Jahr“ zeigte, daß wieder ein Kampf- und Arbeitsjahr vorüber ist und daß nur eine geschlossene Organisation eine gesunde Zukunft bringen kann. Vorsitzender Jakob dankte im Namen aller für den lehrreichen Vortrag

und empfahl, all das Gehörte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Nach längerer Diskussion wurde die Versammlung geschlossen mit dem Gelöbniß: Mutig ans Werk im neuen Jahre!

**Fraulautern/Saar.** Die am 27. Januar abgehaltene Generalversammlung gab uns durch den Geschäfts- und Kassenbericht des Kollegen Hoffmann kund, daß wir im abgelautenen Jahr 1929 vorwärtsgeschritten sind. Am Kassenbericht sahen wir, daß von Quartal zu Quartal die Einnahmen sich erhöht haben, was auf ein Anwachsen der Mitgliederzahl zurückführt. Die Einigkeit der Mehrzahl der Stuhlarbeiter in Fraulautern und die Zugehörigkeit zum Verbands hat uns den Weg zu Menschenrechten und Menschenachtung gezeigt. Wir haben bewiesen, daß ohne uns kein Schornstein raucht und die Stuhlindustrie in Fraulautern nicht bestehen kann. Wir haben es bewiesen wollen, weil man vergessen hatte, in uns Menschen zu sehen, die man nicht wie Tiere behandelt, sondern als mit Verstand und freiem Willen ausgestattete Lebewesen anzusehen und zu achten hat.

In diesem Sinne bewegten sich auch die Ausführungen des Kollegen Wittkamp, der uns das Schlichtungswesen des Saar- und Reichsgebietes gegenüberstellte. Es dürfte bei allen Anwesenden die Überzeugung Platz gegriffen haben, daß wir durch Einigkeit und Solidarität unseren Forderungen Nachdruck und Stoßkraft verleihen werden.

Aus der Vorstandswahl ging einstimmig als Vorsitzender und Kassierer unser bewährter Kollege Peter Hoffmann hervor. Zu den übrigen Vorstandsmitgliedern wurden die Unterkassierer der einzelnen Betriebe gewählt. Der Kollege Hoffmann appellierte noch einmal an alle, nicht wegen Kleinigkeiten unserem großen Ziele der Menschenachtung und somit des Gesamtaufstieges der Arbeiterschaft untreu zu werden und konnte dann mit zuversichtlicher Hoffnung ins angefangene Jahr die Generalversammlung schließen.

**Kempten.** Am 14. Januar hielt die Zahlstelle Kempten die diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Emmert, entbot den zahlreich erschienenen Kollegen den Willkommengruß. Besonders begrüßte er unseren rührigen Bezirksleiter, Kollegen Kronthaler. Nachdem das Protokoll verlesen und mit Beifall aufgenommen war, erfolgte der Geschäftsbericht des Vorsitzenden. Aus demselben war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre so manche Arbeit bewältigt wurde. Es konnte auch auf unser schön verlaufenes 25jähriges Gründungsfest hingewiesen werden, wobei fünf verdiente Gründungsmitglieder besonders geehrt wurden. Der anschließende Kassenbericht, den Kollege Jehle erstattete, gab Zeugnis von der mustergültigen Führung der Kasse. Der darauffolgende Wahlakt dauerte nicht lange, weil die bisherigen Vorstandsmitglieder durch das Vertrauen aller Kollegen wieder zur Führung der Zahlstellengeschäfte gewählt wurden. Einige Posten mußten neu besetzt werden. Die Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, ihre Kraft auch in diesem Jahre für den Verband einzusetzen. Nun kam unser Bezirksleiter, Kollege Kronthaler, zum Wort. Er dankte der Vorstandschafft für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahre und ging zu seinem Vortrag „Warum christliche Gewerkschaften“ über. Zum Schluß ermahnte er alle Kollegen zur Mitarbeit, damit der Verband erstärke und feindlichen Kräften mutig die Stirne bieten könne. Am 5. Januar hielt unsere Jugendgruppe ihre Generalversammlung ab. Wir konnten daraus ersehen, daß wir uns auch in Kempten einen tüchtigen Nachwuchs gesichert haben.

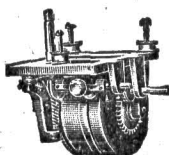
Anzeigenpreis für die vierseitige Millimeterzelle 30 Pfennig Stellengeluche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen sollen die Hälfte Redaktion und Verlag befinden sich beim Verleger Ball 9 Telephonruf Welt 5 16 46 — Redaktionsstufung Samstag-Mittag  
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M 1.— pro Monat zu beziehen — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung Geldbeträgen nur — Polischechttonne 7718 8811

## Antarrien jeder Art

Katalog  
gegen 0.50 Mark in Briefmarken

**E. Biller, Heidelberg**  
Theaterstraße 7 II

## Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-  
einbauen (2 Stck. 30 cm Plattenspieler)  
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur  
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franco von

**Robert Husberg - Neuenrade** i.w. 9  
No. 9

Hausuhrwerke

Hobel  
in allen Preislagen

## Seit Januar 1930

bedeutend verbessert  
ist unsere Fachschrift

**Handwerkskunst  
im Holzgewerbe**

Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mtk.